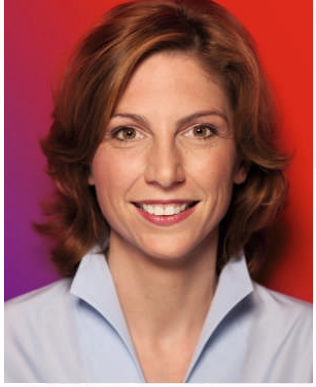

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
so - nun hat uns das WM-Fieber gepackt. Jogis Jungs haben einen klasse Auftakt mit dem 4:0 gegen Portugal hingelegt- da freut man sich schon auf die nächsten Spiele!
Ich freu mich auch- und zwar auf nächste Woche! Dies wird meine erste Berlinwoche seit dem Mutterschutz... kurz reinschnuppern und dann schließt der Reichstag für die Sommerpause seine Pforten.
Im September geht's dann wieder mit 100 % in Berlin weiter! Doch bis dahin bin ich mal wieder im Wahlkreis on tour und freu mich auf ein Wiedersehen auf den zahlreichen Schützenfesten oder bei anderer Gelegenheit!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Kommunalwahl – Wir haben gut abgeschnitten!

Beim Blick über unseren Wahlkreis hinaus wird deutlich: Wir konnten bei den Stichwahlen in NRW und Niedersachsen unseren Vorsprung in großen Städten ausbauen. Auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gab es Erfolge.
In Düsseldorf und Braunschweig gelang uns der Wechsel. Das sind großartige Erfolge. Bielefeld, Dortmund, Remscheid konnten ebenso behauptet werden wie Göttingen und die Region Hannover. Mit der Wahl von Andreas Müller zum Landrat in Siegen-Wittgenstein haben wir gezeigt, dass wir auch im kreisangehörigen Raum dazugewonnen haben.
Auch in einer sehr großen Zahl von kleinen und mittleren Gemeinden konnten sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten durchsetzen. Wir sind nicht nur die Großstadtpartei Deutschlands. Leider wird das gute Gesamtergebnis durch den Verlust des Oberbürgermeisters in Mönchengladbach getrübt. Norbert Bude hat eine engagierte Arbeit für die Kommunen im Bund und Land gemacht und war gleichermaßen in seiner Heimatstadt präsent.
Zu einer Herausforderung der lokalen Demokratie gehört die jedoch weiter abnehmende Wahlbeteiligung, vor allem in den Großstädten. Wenn in 46 niedersächsischen und 40 nordrhein-westfälischen Stichwahlen nirgendwo die 50 Prozent Marke bei den Kommunalwahlen erreicht wurde, ist dies ein ernstes Alarmzeichen.
Dringend müssen Bund und Länder deshalb die Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements im politischen Bereich vor Ort verbessern. Die politischen Auseinandersetzungen in den Gemeinderäten werden heute durch eine immer größer werdende Zahl von Kleingruppen und Kleinstfraktionen bestimmt.
Hinzu kommt, dass die Kommunen wieder mehr eigenständige Entscheidungen und finanzielle Spielräume brauchen.
Die finanzielle Entlastung der Kommunen und damit die Stärkung der Demokratie auf der unmittelbarsten Ebene der Entscheidungsfindung – den Städten und Gemeinden – ist eine Hauptaufgabe dieser Bundesregierung.

Arbeit & Soziales

Mindestlohn – Gute Erfahrungen in England!

Eine Delegation des Ausschusses für Arbeit und Soziales war vom 10. bis 12. Juni 2014 in London. Im Mittelpunkt des Informationsbesuches standen die positiven Erfahrungen Großbritanniens bei der Einführung des Mindestlohns.
Der Besuch hat gezeigt: Deutschland ist auf einem guten Weg. Die Erfahrungen in Großbritannien zeigen: Nach anfänglicher Kritik bei der Einführung vor 15 Jahren ist der flächendeckende Mindestlohn dort schon nach kurzer Zeit von allen politischen Kräften und in der gesamten Gesellschaft akzeptiert worden. Heute wird er breit unterstützt.
Alle Gesprächspartner haben die positive Wirkung betont. Das zeigt uns, dass Deutschland mit der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns auf einem guten Weg ist. Besonders wichtig für die Akzeptanz des Mindestlohns war in Großbritannien die Einrichtung einer "Low Pay Commission".
Diese besteht aus Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Wissenschaft, berät die Regierung und unterbreitet dieser Empfehlungen. Auch in Deutschland wird es eine Mindestlohn-Kommission geben.
Wichtig ist die Erfahrung aus Großbritannien, dass ein Mindestlohn nicht zu Jobverlusten führt. Eine weitere wichtige Erkenntnis für die Debatte in Deutschland ist, dass die dortigen Experten zu möglichst wenigen Ausnahmen beim Mindestlohn raten. Damit dieser ohne übermäßigen bürokratischen Aufwand umgesetzt und kontrolliert werden kann.
Die Gespräche mit Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft in dem Land mit der meisten Erfahrung in Sachen Mindestlohn bestärken uns, in Deutschland endlich den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen einzuführen.
Der Mindestlohn von 8,50€ soll nach einem Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles auch für alle freiwilligen Praktika, die länger als sechs Wochen dauern, gelten.
Schul- und Pflichtpraktika im Rahmen einer Schul-, Ausbildungs- oder Studienordnung sollen davon jedoch ausgenommen bleiben.

Aus der Wirtschaft regt sich Widerstand gegen diese Regelung, da dies dazu führen würde, dass Unternehmen – insbesondere nach Studienabschluss und als Einstieg in das Berufsleben – keine Praktika mehr anböten.
Diese Argumentation verleiht Arbeit keinen angemessenen Wert und steht im Widerspruch zur tatsächlich bestehenden Praxis ‚Generation Praktikum'.
Der flächendeckende Mindestlohn in Deutschland sichert eine angemessene Wertschätzung von Arbeit. Dies muss auch für Studierende gelten, die ein freiwilliges Praktikum von mehr als sechs Wochen Dauer absolvieren.
Ein Arbeitszeugnis und ein dankender Händedruck reichen nicht aus, um einen Lebensunterhalt zu bestreiten – insbesondere weil Vollzeit-Praktika keine Zeit zum Jobben übrig lassen.
Darüber hinaus leisten Praktikantinnen und Praktikanten qualitativ hochwertige Arbeit, die vom Arbeitnehmer auch entsprechend gewürdigt werden muss. Die gängige Praxis Berufseinstiege über Praktika möglich zu machen, ist dabei grundsätzlich fragwürdig.
Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger leisten gute Arbeit, trotz einer Einarbeitungsphase, die jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer zusteht.
Faire Entlohnung ist zu jedem Zeitpunkt der Karriere gerechtfertigt. Gute Arbeitsbedingungen und Löhne motivieren zu guten Leistungen und erhöhen die Bindung an Unternehmen.

Familien

Betreuungsgeld – Das ist der falsche Anreiz!

Die vorab veröffentlichten Ergebnisse einer Untersuchung der Technischen Universität Dortmund und des Deutschen Jugendinstituts bestätigen: Das Betreuungsgeld hält Kinder insbesondere aus bildungsfernen Schichten und aus Familien mit Migrationshintergrund von der frühkindlichen Bildung fern und verschärft damit die Chancenungleichheit. Das Betreuungsgeld ist folgenschwer: Es schafft einen finanziellen Anreiz, staatliche Kinderbetreuungsangebote nicht zu nutzen - vor allem für Familien, deren Kinder von der frühkindlichen Bildung besonders profitieren würden.
Vor dem Hintergrund der Untersuchungsergebnisse muss diese Entwicklung gestoppt werden. Wir sehen durch die Studie unsere Befürchtungen bestätigt. Ein Viertel der Familien mit Migrationshintergrund, die ihr Kind nicht in einer öffentlichen Einrichtung betreuen lassen wollen, begründen das laut Studie allein mit dem Betreuungsgeld.
Aus dem gleichen Grund lehnt mehr als jede zweite Familie ohne Bildungsabschluss oder mit Hauptschulabschluss eine staatliche Kinderbetreuung ab. Der Befund deckt sich mit den Erfahrungen der skandinavischen Länder, die zwischen 1985 und 2008 ein Betreuungsgeld eingeführt hatten (FES-Studie 2012): Auch in Norwegen, Schweden und Finnland haben vor allem Mütter mit niedrigem Bildungsstandard und mit Migrationshintergrund das Betreuungsgeld einer staatlichen Kinderbetreuung vorgezogen.
Dass überproportional viele Zuwandererfamilien Betreuungsgeld für ihre Kinder beziehen, zeigen auch neueste Zahlen des Statistischen Bundesamtes: 14 Prozent der Betreuungsgeld-Bezieher im erste Quartal 2014 besaßen keine deutsche Staatsbürgerschaft – deren Kinder stellen aber nach der amtlichen Bevölkerungsstatistik an allen unter dreijährigen Kindern nur einen Anteil von 5 Prozent.

Bonbon

„Das darf keine Rolle spielen, ob da 50, 55 oder 70 Grad herrschen auf dem Platz!"

(Lukas Podolski, Fußballnationalspieler)

Verbraucherschutz

Mietpreisbremse – Nicht auf die lange Bank schieben!

Die Mietpreisbremse ist eines der wichtigsten Vorhaben unseres Regierungsprogramms und auch des Koalitionsvertrages mit der CDU/CSU. Der Verdrängung von Familien und alteingesessenen durch überhöhte Mieten muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Hunderttausende von Menschen warten auf dieses Gesetz.
Anlässlich der aktuellen Diskussion stellen wir Sozialdemokraten klar: Die Mietpreisbremse darf nicht auf die lange Bank geschoben werden und muss jetzt zügig in Kraft treten. Maßstab bei der rechtlichen Umsetzung kann und darf nur der Koalitionsvertrag sein. Wir machen Politik für die Menschen und nicht für einzelne Verbände.
Bundesminister Heiko Maas hat unsere volle Unterstützung bei dem von ihm vorgelegten Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse. Darin setzt er die Vorgaben des Koalitionsvertrages eins zu eins um. So werden nach dem Entwurf die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht eingeführt und die Länder ermächtigt, künftig Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten auszuweisen.
In solchen Gegenden darf die Miete bei Wiedervermietungen nicht mehr als zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Damit stoppen wir die Verteuerungs-spirale.

Datenschutz

NSA-Affäre – Was wusste der BND?!

Wir müssen uns noch vor der Sommerpause darauf verständigen, wie die Arbeit des Untersuchungsausschusses ab September strukturiert werden soll. Der Ausschuss braucht ein klares Arbeitsprogramm, um den breiten Untersuchungsauftrag umfassend und nicht nur punktuell nach aktueller Nachrichtenlage bearbeiten zu können.
Dies schließt freilich nicht aus, auch aktuelle Entwicklungen im Ausschuss aufzugreifen. Thematisch sollten wir nach der Sommerpause im September mit der Anhörung von Glenn Greenwald beginnen, um mit ihm noch einmal die öffentlich zugänglichen Erkenntnisse aus den „Snowden-Papieren" aufzuarbeiten.
Spätestens ab Oktober sollten wir uns dann intensiv den deutschen Diensten, und dort insbesondere dem BND, zuwenden. Schließlich liegt auf der Hand, dass sich gerade der BND - auch vor dem Hintergrund der aktuellen Berichterstattung - vielen Fragen stellen muss. Ich möchte vom BND insbesondere wissen, inwieweit und auf welchen Ebenen dort mehr Wissen über die Aktivitäten der NSA vorlag als gegenüber dem Parlament nach den Snowden-Enthüllungen behauptet wurde.
Geklärt werden muss aber auch die Grundlage und Struktur der Zusammenarbeit zwischen BND und NSA in Bad Aibling. Auch das nun bekannt gewordene Programm Wharpdrive wirft Fragen nach Art und Umfang der Tätigkeit des BND auf.
Eine eingehende Befassung mit dem BND ist auch nach den Erkenntnissen aus der Sachverständigenanhörung geboten.
Schließlich steht danach fest, dass es einer Novellierung der Eingriffsgrundlagen für die Tätigkeit des BND im Bereich der Telekommunikationsüberwachung bedarf.

Termine

22.06.14	**14.00 Uhr**	**Schützenfest Orfgen**
23.06.14	*16.00 Uhr*	*Gespräch mit Landrat Altenkirchen*
	18.30 Uhr	*SPD Kreistagsfraktion, Wissen*
24.06.14 bis 26.06.14		*Sitzungswoche Berlin*

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**